

# wirtschaftspolitik

## - STANDPUNKTE 03|2014

### INHALT

<b>GELDPOLITIK</b> EZB ALS „KRISENFEUERWEHR“?	<b>SEITE 02</b>
<b>BEIHILFENRECHT</b> INSTRUMENT GEGEN STEUERPRIVILEGIEN	<b>SEITE 05</b>
<b>STEUERVERMEIDUNG</b> DRASTISCHE FOLGEN FÜR DIE ALLGEMEINHEIT	<b>SEITE 07</b>
<b>LANDWIRTSCHAFT</b> HOHE FÖRDERUNGEN & GERINGE ABGABEN	<b>SEITE 10</b>
<b>VORSTANDSVERGÜTUNG</b> EINE (AN-)REIZFRAGE	<b>SEITE 13</b>
<b>ZWISCHEN DEN WELTEN</b> REGULIERUNGSBEHÖRDEN VERFASSUNGSRECHTLICHER SICHT - KOMMENTAR	<b>SEITE 15</b>
<b>ENERGIEEFFIZIENZ</b> EIN WEG & EIN ZIEL	<b>SEITE 16</b>
<b>ERNEUERBARE ENERGIE</b> NATIONALE SUBVENTIONSBSCHRÄNKUNGEN SIND ZULÄSSIG	<b>SEITE 19</b>
<b>URHEBERRECHT</b> QUO VADIS?	<b>SEITE 21</b>

### EDITORIAL

Mit der Deflationsgefahr vor Augen hat die EZB beschlossen, den Leitzins weiter zu senken und umfangreiche Ankäufe von „asset backed securities“, also verbrieften Krediten vorzunehmen. Welche Auswirkungen diese Geldpolitik der EZB für Europa haben könnte und ob die „EZB als Krisenfeuerwehr“ taugt ist gleich zu Beginn Thema in dieser Ausgabe.

Nun scheint sogar die EU-Kommission ein wenig aufgewachten zu sein. Mit dem Beihilferecht versucht sie den untragbaren Steuerwettbewerb zu Gunsten von multinationalen Konzernen zu bekämpfen. Höchste Zeit! – ist doch der Schaden durch Steuervermeidung inzwischen weitaus größer, als jener durch Steuerhinterziehung. Aber auch die Steuerleistung über weite Strecken des österreichischen Landwirtschaftssektors hat nichts mit dessen Leistungsfähigkeit gemein. Ebenso entkoppelt bleiben auch weiterhin die ManagerInnenvergütungen. Der „Trend zur Aristokratisierung der Wirtschaft“ verstärkt sich weiter.

Mit dem Ukraine Konflikt wird die Energieversorgungsfrage wieder virulent, getragen einerseits vom Wunsch nach europäischer Autarkie durch erneuerbare Energien, andererseits vom Wunsch der Industrie nach möglichst niedrigen Preisen. Dass eine Beschränkung der Förderungen auf nationale Energieerzeuger zulässig ist, hat nun der EuGH entschieden. Welche Auswirkungen die EU-Regulierungsvorschriften auf Demokratie und Verfassung haben, untersucht die Studie „REGULATIE“. Neue Regeln im Sinne eines modernen „Copyright“ braucht jedenfalls die digitale Informationsgesellschaft. Ob mit den neuen EU-Kommissionsvorschlägen der große Wurf gelingen wird, ist allerdings zweifelhaft.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

*Die Redaktion*

### IMPRESSUM | OFFENLEGUNG GEM § 25 MEDIENG

#### HERAUSGEBERIN UND MEDIENINHABERIN:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,  
1040 Wien, Prinz Eugen Straße 20 – 22

**REDAKTION:** Susanne Wixforth, Josef Thoman

**LAYOUT UND SATZ:** Julia Kolda

**VERLAGS- UND HERSTELLUNGSORT:** Wien

**ERSCHEINUNGSWEISE:** 4 mal jährlich

**KOSTENLOSE BESTELLUNG UND ALLE AUSGABEN UNTER:**

<http://wien.arbeiterkammer.at/wp-standpunkte>

**BLATTLINIE:** Die Meinungen der AutorInnen.